



ÖBVP

Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie

Bundesministerium für Arbeit, Soziales
und Konsumentenschutz
BM Rudolf Hundstorfer
Stubenring 1
1010 Wien

Wien, am 24. Oktober 2014

Stellungnahme des ÖBVP zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundespflegegeldgesetz geändert wird

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der ÖBVP begrüßt die Tatsache, dass psychische Belastungsstörungen von pflegenden Angehörigen vom Gesetzgeber wahrgenommen und eine entsprechende Maßnahme zur psychischen Entlastung in Form von kostenlosen Angehörigengesprächen vorgesehen wird.

Angesichts der gegenwärtigen demografischen Entwicklung, wonach weiterhin mit einer steigenden Zahl älterer Menschen zu rechnen ist, wächst einerseits der Bedarf an Angehörigenpflege, andererseits geht damit auch eine wachsende Anzahl von Personen, die an Altersdepression leiden einher.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass Depressionen im Alter grundsätzlich ernst genommen werden müssen und der Zugang zur Psychotherapie auch bei dieser Bevölkerungsgruppe nicht vernachlässigt, sondern sichergestellt werden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.^a Maria-Anna Pleischl
Präsidentin des ÖBVP